

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Wochenschrift „Die Foren“

Ercheint 13 mal wöchentlich. Bezugspreis: Abnehmer monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. Durch Träger u. Agenten: Monatlich 80 Pf., vierteljährlich 2.40 Pf., frei ins Haus. Durch die Post bezogen monatlich 1 Pf., vierteljährlich 3 Pf., ohne Postgebühren. Einzelnummer 6 Pf.

Verlag und Redaktion: Nikolaistraße 11
Filialen: Mauciusstraße 12 und Bismarckring 29.

Anzeigenpreis: Die Kolonnhalle in Wiesbaden 20 Pf., Deutschland 30 Pf., Ausland 40 Pf., Reichsanzeige 1.50 Pf. Anzeigenannahme: Für Abende Ausgabe d. 1. Uhr mittags. Anzeigenpreis: d. 7 Uhr abends. Fernsprecher: Inserate und Abonnement: Nr. 190. Redaktion Nr. 188. Verlag Nr. 174.

Nummer 370

Samstag, den 24. Juli 1915

69. Jahrgang

Noch keine Entscheidung bei Görz.

Die Russen bringen große Verstärkungen an die Buglinie, wo schwere Kämpfe stattfinden.
30 Millionen Mark Geldschäden durch den einwöchigen Bergarbeiterstreik in Südwales.

Es wird Tag!

Wir gaben in Nummer 357 der „Wiesb. Zeitung“ eine Zusammenstellung von Antworten über das künftige Schicksal Belgiens, die eine Anzahl Friedensfreunde auf eine Rundfrage der Dokumente des Fortschritts eingereicht haben. Das Bemerkenswerteste ist dabei die Tatsache, daß sich selbst in diesem Kreis von Schwärmern Stimmen erheben, die mehr oder weniger rückhaltlos für das Eintreten, was fast allgemeine Meinung im deutschen Volke ist.

Da sagt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Peus: „Der Hauptvorteil von der Neutralität Belgiens und Hollands hat England. England ist aufs tiefste daran interessiert, daß die kontinentale Nordseefläche, die ihm gegenüberliegt, im Besitz zweier militärisch ohnmächtiger Staaten wie Belgien und Holland sei. England graut davor, deutsche Kriegsschiffe und andere maritime Machtmittel sich selber gegenüber in den Kanal zu bekommen. Seine eigene maritime Macht nach jeder Richtung zur Geltung zu bringen, trägt es kein Bedenken.“

Die belgische Frage ist nicht nur eine Angelegenheit der Belgier. Es handelt sich nicht nur um die belgische Freiheit. Belgiens Feindschaft gegen Deutschland, Belgiens Bündnis mit England kann die Unfreiheit Deutschlands gegenüber der unermesslichen russischen Menschenmasse bedeuten. Die Freiheit des belgischen Volkes als Bund zweier Nationalitäten (der Wallonen und Flamen) braucht mit der Frage, die hier erörtert wird, gar nichts zu tun zu haben. Die Freiheit des belgischen Volkes kann ganz unangefastet bleiben, aber das belgische Land in seiner besonderen geographischen Lage, die belgische Nordseefläche zumal und ihre strategische Bedeutung kommen hier in Betracht. Wer will es dem Deutschen Reich verübeln, wenn es für die Zukunft dem doppelten Druck von Osten wie von Westen entgegen muß?

Nach begnüge mich mit dieser Schilderung der Situation. Wer will jetzt schon mehr sagen können! Aber doch noch eins: Wäre ich belgischer Abgeordneter, dann würde ich sagen: Vor allem eins. Heraus aus der unsicheren Situation der Neutralität! Die ist ja nur Selbstbetrug. Sie führt nur dazu, daß Belgien der Arzelschauplatz für die drei Mächte Deutschland, England und Frankreich wird. Anschließ, wenigstens militärischer Anschluß an eine dieser drei Mächte, damit wir auch der Gefahr gegenüber der schon vorher zu stehenden Schutz für den Arzelschauplatz genießen. Jetzt war Belgien nur Opfer aller drei Mächte. Vom wirtschaftlichen Standpunkt würde ich dann aber entscheiden: Anschluß an unser wirtschaftliches Hinterland, Anschluß an Deutschland. Das innere nationale Freiheit in allen europäischen Reichen gewährt werden muß, halte ich für eine gerade auch wegen der Sicherung noch außen abzuheben Notwendigkeit.“

Von ähnlichen Grundgedanken geht der Leiter der Heraldik in Kaiserblättern, Ludwig Wagner, aus, der den „Dokumenten des Fortschritts“ schreibt:

„Nirgends in der Welt lag einem Volke der Friede mehr am Herzen, als dem deutschen. Denn bis zum letzten Mann im Volke hat sich in Deutschland die Ueberzeugung verdichtet, daß der Friede die bedingungslose Voraussetzung dafür ist, daß ihm die Früchte seiner Arbeit gesichert bleiben. Nun aber das deutsche Volk einsehen mußte, daß es gerade der Erlöse seiner Arbeit ist, der den Reichtum und die Pläne seiner Vernichtung bei den anderen hervorgerufen hat, ist es auch zum äußersten entschlossen. Daran zweifelt in Deutschland niemand mehr, daß die Ursache des ihm aufgezwungenen Krieges zu suchen ist in der Furcht Englands vor einem Ueberwiegens Deutschlands am Weltmarkt.“

Darum wird und kann das deutsche Volk die Waffen nicht eher aus der Hand legen, bis es sich einen Frieden gesichert hat, der es entweder für immer, wie wir Friedensfreunde es anstreben, oder wenigstens auf recht lange Zeit hinaus gegen feindliche Angriffe sichert...“

Herr Wagner spricht dann von einer Verständ-

igung zwischen Deutschland und Frankreich und sagt weiter:

„Sollte aber eine derartige Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland nicht zustande kommen — Deutschland hat das ja nicht allein in der Hand —, so wäre tatsächlich der ... mit Recht gefürchtete „dauernde latente Fehdezustand zwischen Deutschland und England“ gegeben. Denn ein Friede, der die bisherige Machtpositionierung Frankreich, England, Russland gegen Deutschland bestehen ließe, müßte vom deutschen Volke nach den Erfahrungen des Jahres 1914 als eine beständige Bedrohung aufgefaßt werden, die über kurz oder lang zu einem neuen Zusammenstoß führen würde. In Abmachungen und Verträgen mit England hat man vorerst nach seinem krummlosen Gebaren in diesem Weltkriege im deutschen Volke kein Vertrauen. Bis ein solches in Deutschland festen Fuß fassen könnte, müßte sich die englische Politik und Diplomatie von Grund aus geändert haben. Das ist aber eine Frage, die weit in der Zukunft liegt, und bei dem Friedensschluß handelt es sich um die Sicherstellung Deutschlands um jeden Preis. Da also Deutschland damit rechnen müßte, daß England von seinem Versuche, Deutschland einzukreisen und es vom Weltmarkt abzuschneiden, auch in der Zukunft nicht ablassen werde, so werden die deutschen Staatsmänner schon beim Friedensschluß darauf hinwirken, dieser Absicht Englands einen wirksamen Riegel voranzustellen. Das Hauptbestreben der englischen Kriegsführung geht dahin, Deutschland vollständig von der Zuführung seiner Nahrungsmittel und der nötigen Rohstoffe und der Ausfuhr seiner Industrieerzeugnisse abzuschneiden. Dies gelingt ihm nur deshalb, weil das Operationsgebiet der deutschen Flotte oder wenigstens das Operationsgebiet derselben und ihre Zuflucht auf das kleine „nahe Dreieck“ der deutschen Bucht beschränkt ist. Was liegt da dem deutschen Staatsmann näher, als Anschau an halten nach neuen Stützpunkten am offenen Meer, um von da aus den englischen Auswanderungsversuchen die Spitze bieten zu können. In diesem Falle bekommt die Frage der Annexion Belgiens für die öffentliche Meinung Deutschlands ein ganz anderes Gesicht. Nicht aus Eroberungsinstinkt würde eine derartige Forderung gestellt werden, sondern nur zu dem Zweck, um einen weiteren Angriff Englands möglichst weit hinauszurücken oder ihn gar unmöglich zu machen, also um Deutschland den Frieden zu sichern.“

Selbstverständlich wären damit die großen Bedenken, die eine Angliederung Belgiens an das Deutsche Reich unbedingt hervorrufen muß, nicht entkräftet. Aber Deutschland wäre, immer vorausgesetzt, daß die eingangs erwähnte Verständigung nicht zustande käme, in die Notwendigkeit verlegt, zwischen zwei Uebeln das kleinere zu wählen. Ein mit den beiden Großmächten England und Frankreich verbündetes oder gar ihnen willenlos ergebene Belgien wäre zweifellos eine für die Lebensinteressen Deutschlands größere Gefahr als alle anderen Nachteile zusammen, die die Annexion Belgiens durch Deutschland im Gefolge hätte. In diesem Zusammenhange sei mir gestattet, die in Nr. 10 der „Menschheit“ zusammengefaßten Bedenken gegen eine solche Annexion — als kleineres Uebel — andeutungsweise zu kennzeichnen.

Bei der derzeitigen moralischen Verfassung der Diplomatie würde von dieser ein freiwilliger Verzicht Deutschlands auf ein erobertes Land nicht als eine sittliche Tat, sondern als Schwäche betrachtet werden, und diese vermeintliche Schwäche könnte nur den Anlaß zu neuen Demütigungsversuchen geben. Daß natürlich die Annexion Belgiens eine „Vergewaltigung“ des belgischen Volkes wäre, wird durch solche Ueberlegungen nicht geändert. Aber die sittliche Verantwortung hierfür könnte man nicht Deutschland zumachen, sondern sie würde in erster Linie diejenigen treffen, die Belgien in selbstthätiger Weise in das Unglück hineingetrieben haben, und nicht zuletzt die belgische Regierung selbst; die längst vor dem Kriege, wie es die im deutschen Reichsbuch zur Veröffentlichung gelangenden Dokumente ausweisen, mit den Belben

Deutschlands gemeinsame Sache gemacht, also selbst ihre Neutralität gebrochen hat. Mit der theoretischen Ablehnung der Annexion Belgiens ist unserer Sache (Herr Wagner meint hier natürlich die Sache der Pazifisten, Schriftst.) nur wenig gedient.“

Daß solche Ausführungen aus den Kreisen der Friedens- und Verständigungsfreunde heraus möglich sind, spricht Bände.

Natürlich baut aber die Schriftleitung der „Dokumente des Fortschritts“ Herrn Wagner mit einer Fußnote auf den Kopf, in der sie seine Argumente zwar interessant, aber nicht beweiskräftig nennt und für Belgien gegen Deutschland Partei ergreift.

Amtl. österr.-ungar. Tagesbericht.

Wien, 23. Juli. (Volks-Zel.)

Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe in Südpolen, in Wolhynien und am oberen Bug nahmen ihren Fortgang.

Gegen die Bugfront der Ramionka-Struma-Lowa-Armys in der Gegend von Sokal, an deren Ufer wir eine einige brückenartige Stellungen eingerichtet haben, steht der Feind sehr starke Kräfte an. Er arbeitete sich an einigen Punkten bis auf 300 Schritte an unsere Schützengräben heran. Andererseits kam es bis zum Handgemenge. Ueberall wurden die Russen unter großen Verlusten zurückgeworfen. Südlich Sokal nahm bei einem fähigen Manuskript das Selbstjägerbataillon Sokal Nr. 10 8 russische Offiziere und 342 Mann gefangen. — Nordwestlich Grubieschow gewannen deutsche Kräfte bedeutend Raum. — Zwischen der Bukra und der Weichsel warfen die Truppen des Erzerharts Josef Ferdinand den Feind auf Belzow und über Bronow zurück.

Westlich der Weichsel, von der Pilicamündung aufwärts, sind die Verbündeten bis an den Strom und den Gürtel von Zwangorod herangerückt. Bei Rosiniec kämpfen unsere Truppen noch mit feindlichen Nachburen.

An den anderen Teilen der Front ist die Lage im allgemeinen unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Schlacht im Görzischen ist noch immer nicht abgeschlossen. Gegen den Görzer Brückenkopf unterhielten die Italiener gestern ein mäßiges Artilleriefeuer. Ein Angriff auf den Monte Sabotino wurde abgelehnt. Unsere Truppen haben die ursprünglichen Stellungen des Brückenkopfes an den naheliegenden im Besitz. Bei der Abwehr der zahlreichen feindlichen Stürme zeichnete sich die dalmatinische Landwehr neuerdings besonders aus.

Am Rande des Plateaus von Dobersa wird weiter gekämpft. Gegen den Abschnitt von Peisano-Edraussina setzten die Italiener in der verflochtenen Nacht drei Angriffe, die abgewiesen wurden, an. Ebenso mißlang ein Versuch des Gegners, sich zwischen Edraussina und Palazzo näher an unsere Gräben heranzuarbeiten.

Auch neuerliche Vorstöße des Feindes bei Sella Vermiglia und gegen den Monte Cosich waren gleich allen früheren vergeblich.

Am mittleren Isonzo fanden nur Geschützkämpfe statt.

Im Arzgebiet wiesen unsere Truppen gestern, dann nachts und heute früh Angriffe ab.

Im Rätiner und Tiroler Grenzgebiet hat sich nichts Wesentliches ereignet.

Ein Nachalangriff der Italiener auf den Monte Piano scheiterte.

Das Artilleriefeuer hält an mehreren Stellen an. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Höfer, Feldmarschall-Leutnant.

Amtlicher deutscher Tagesbericht.

(Wiederholt, da nur in einem Teile der Auflage der vorigen Nummer enthalten gewesen.)

Großes Hauptquartier, 23. Juli, vorm. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nächtliche Handgranatenangriffe des Feindes nördlich und nordwestlich von Soissons wurden abgewiesen.

In der Champagne unternahmen wir in der Gegend von Verrières umfangreiche Sprengungen und besetzten die Trichtergräben. — Im Priesterwald mihlang nachts ein französischer Vorstoß.

In den Bogenen dauerten die Kämpfe fort. Ein feindlicher Angriff gegen die Linie Lingekopf-Barrakopf, nördlich von Münster, wurde nach heftigem Nahkampf vor und in den Stellungen der Bayern und mecklenburgischen Jäger zurückgeschlagen. 2 Offiziere und 64 Alpenjäger wurden dabei gefangen genommen. Auch am Reichsaderkopf griffen die Franzosen erfolglos an. Bei Münsterthal warfen wir sie aus einer vorgeschobenen Stellung, die wir, um Verluste zu vermeiden, planmäßig wieder räumten.

In Erweiterung der mehrfachen Beschießung von Thiercourt und anderen Ortschaften zwischen der Maas und der Mosel nahm unsere Artillerie Pont-à-Mousson unter Feuer.

Unsere Flieger griffen das Bahndreieck von St. Hilaire in der Champagne an und zwangen feindliche Flieger zum Rückzug. Auch auf die Anlagen von Gerardmer wurden Bomben abgeworfen. Bei einem Luftkampf über Conflans wurde ein feindliches Kampflflugzeug vernichtet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

In Ostland folgen wir den nach Osten weichen Russen unter fortgesetzten Kämpfen, bei denen gestern 1550 Gefangene gemacht und 3 Geschütze, viele Munitionswagen und Feldküchen erbeutet wurden.

Gegen den Rarow und die Brückenkopfschlucht von Barischan ziehen sich unsere Armeen näher heran. Vor Rarow wurde das Dorf Milun und das Dorf Saggi mit dem Bajonet gekümpft und in letzterem 200 Gefangene gemacht.

Ein nächtlicher Ausfall aus Nowogorod niemals mihlang.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Das Bekraker der Weichsel von Janowice, westlich von Radzimir, bis Granica ist vom Feind gesäubert. Im Waldgelände südlich von Janowice wird noch mit russischen Nachhutern gekämpft. Zwischen der Weichsel und dem Bug gelang es den verbündeten Truppen, den zähen Widerstand des Gegners an verschiedenen Stellen zu brechen und ihn dort zum Rückzug zu zwingen. Die blutigen Verluste der Russen sind außergewöhnlich groß.

Oberste Seereschiffung.

(Lingekopf und Barrakopf liegen 3-4 Kilometer nördlich von Münster. — Granica liegt 10 Kilometer südlich von Janowice.)

Warschau vor der Belagerung.

Krasau, 23. Juli. (Z.-U.-Tel.)

Der „Gazet“ veröffentlicht folgende Mitteilungen Warschauer Blätter: „Goniewa Wiczynski“ meldet über die beschleunigte Räumung Warschaws, daß die Jüge, trotzdem sie bedeutend vermehrt wurden, nur sehr unregelmäßig abgehen und total überfüllt sind. Mit den Jügen verlassen entsprechend einem ergangenen Befehl alle Beamten samt ihren Familien die Stadt. Aus dieser Bevölkerungskategorie kamen etwa 3000 Personen in Betracht. Die Sträflinge in den Warschauer Gefängnissen und denen anderer Städte werden in das Innere Russlands transportiert. Bis jetzt wurden insgesamt 5000 Sträflinge weggeschickt, denen demnächst weitere 2000 folgen. Unter den weggeschickten Sträflingen befindet sich auch der bekannte Schriftsteller Graf Ponikier, dessen Verurteilung erst vor kurzem durch den Reichstag bestätigt wurde. Nach einer Meldung der „Gazeta Warszawska“ dürfen auf Anordnung des Oberpolizeimeisters nur Staatsbeamte verbleiben, die im Interesse des Staatsdienstes in Warschau nötig sind, ferner Personen, die den Nachweis erbringen, daß sie in Warschau eine Beschäftigung haben, die zum Unterhalt ihrer Person und ihrer Familie ausreicht. Nach einer Meldung der Krasauer „Nowa Reforma“ soll die Räumung Warschaws bereits vollzogen sein. Über 18000 Personen

Die Hören.

Die morgen zur Ausgabe gelangende Nummer 43 der „Hören“ enthält:

„Die unsere Soldaten erzählen“, von Fritz Moß.

„Rosenzeit 1915“, von Julius Dieb, Wiesbaden.

„Der kleine Schuh“, von Paul Ernst.

„Amerikanische Robebäder“, von Anselm Datter.

„Brief aus Honolulu, Hawaii, Eindrücke während des Krieges“, von Emil Engelhardt.

„Auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege“, von Paul Uebermeyer.

„Bilderbogen fürs Haus“.

„Lustige Ecke“.

Im Elsaß überm Rheine...

Roman von Erica Grupe-Dörcher.

(28. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Es fiel ihm auf, daß Ebelling schwieg. In seiner heimlich glücklichen Stimmung hätte er einen freudigen, ruckelhaften Glückwunsch von Ebelling erwartet. Das sagte er dem Freunde fest.

„Ich kann dir als Freund nur Glück wünschen, Albert, denn auch ich hatte von Anfang an den glücklichsten Eindruck von Vette. Aber ich bin Arzt, mein Junge, da sehe ich vielleicht schärfer als andere. Ich habe den Eindruck, daß Vettes Erkrankung nicht unbedenklich ist. Mag sein, daß die seelischen Aufregungen wegen der politischen Umtriebe in ihrem Elternhaus und im Berlog sie sehr mitgenommen haben: wenn sie nicht schon in ihrer jungen Gesundheit einen Krankheitskeim in sich trägt, würde das alles sie nicht so mitnehmen.“

„Du siehst vielleicht zu schwarz, Ebelling! Gerade äußerlich ganz Naturen sind oft jüher. Vette wird sich in Altmeyer erholen. Dann wird sie voranschrittlich einige Zeit zu Montelets nach Straßburg gehen, um nach dem stillen Trauerjahr einmal von der Großstadt zu profitieren und zugleich für längere Wochen den unruhigen Umwälzungen im Zeitungsverlag in Kolmar entrückt zu sein. O, sie wird sich wieder erholen, und ich werde sie hegen und pflegen!“

„Ich will dir von Herzen wünschen, daß deine Wünsche und Hoffnungen sich erfüllen. Aber ich fürchte, daß dir das

haben die Stadt freiwillig verlassen, und zwar in der Zeit vom 1. bis 12. Juli, und über 80000 wurden auf Befehl des Generalgouverneurs zwangsweise fortgeschickt. Wie das Blatt weiter berichtet, habe der Pöbel auch in Warschau antideutsche Unruhen veranstaltet. In der Stadt befinden sich keine Ausländer mehr, sogar die Berichterstatter von Blättern des Dreiverbandes haben Warschau verlassen. In der Stadt werden massenhaft Verhaftungen aus politischen Gründen vorgenommen. Die Belagerung der Stadt ist mit Rücksicht auf die Gefahr des Bombardements durch Zeppelinluftschiffe sehr beschränkt. Alle politischen Juden wurden nach dem Innern Russlands, viele von ihnen sogar nach Sibirien verschickt; nur diejenigen Juden, die den sogenannten Plutonen angehören, können mit Erlaubnis des Gouverneurs verbleiben. Viele Juden sollen aus Furcht vor Verfolgungen den russisch-orthodoxen Glauben angenommen haben. Ueberall finden die Behörden nach Spionen, die Nervosität der Beamten wird immer größer und massenhaft werden Verhaftungen vorgenommen. In der Stadt wird bereits allgemein die Belagerung als nahe bevorstehend angesehen.

Kopenhagen, 23. Juli. (Z.-U.-Tel. Gr. Bln.)

Die „Times“ berichten aus Petersburg: Die Russen haben zwar das letzte Wort vor Warschau noch nicht gesprochen und Warschau noch nicht aufgegeben, aber vom ganzen Lande wird das Schlimmste befürchtet, nämlich der Fall Warschaws. Der militärische Mitarbeiter der „Times“ schreibt: Die Lage auf der russischen Front ist sehr ernst, doch soll das russische Heer, das dem General v. Radens gegenübersteht, aus bewährten Truppen bestehen und hartnäckigen Widerstand leisten.

Stockholm, 23. Juli. (Z.-U.-Tel. Gr. Bln.)

Aus Riga wird berichtet: Der Verkehrsplan der 14 Extrazüge nach Petersburg ist wieder aufgegeben, offenbar wegen Wagenmangels. (1) Infolge dessen ist die Stadt überfüllt, weil eine Unzahl Flüchtlinge der Beförderung harri. Unter den Seiten und Russen herrscht ungeborene Erregung. Fast sämtliche Ausländer und viele Balten sind verhaftet. Russische Zeitungen sind von Riga nach Reval übergeschickt. Zeitliche Blätter haben ihr Erscheinen eingestellt, nur noch die beiden deutschen Zeitungen Riga erscheinen. (Wenn Wagenmangel auf der Strecke Petersburg-Riga herrscht, was wohl möglich ist, so ist das wahrscheinlich ein Zeichen, daß die Zusammenziehung des russischen Materials hinter Warschau, zum Transport des russischen Heeres, die Ursache sein. Schriftl.)

Russischer Wahnsinn.

Petersburg, 23. Juli. (Z.-U.-Tel.)

„Nowoje Wremja“ schlägt in einem Leitartikel die Verlegung der russischen Hauptstadt von Petersburg nach Moskau vor, weil in Petersburg sich ein deutscher Charakter im Gegensatz zu allen anderen Städten Russlands bemerkbar macht. — Dasselbe Blatt fordert die russischen Bauern auf, die ganze Ernte zu verbrennen und die Felder zu zerhacken, überall dort, wo die Deutschen vorrücken.

Die amerikanische Note.

Berlin, 23. Juli. (V.-Tel. Gr. Bln.)

Die Antwortnote des Präsidenten Wilson ist, wie der Berliner „Volkswagen“ hört, bei der hiesigen amerikanischen Botschaft eingetroffen. Die Uebersetzung der recht umfangreichen Schriftstücke ins Deutsche wird eilige Zeit in Anspruch nehmen. Immerhin kann angenommen werden, daß die Note noch im Laufe des heutigen Tages der deutschen Regierung zugeht.

Reuter weiß wieder etwas.

Rotterdam, 23. Juli. (V.-Tel. Gr. Bln.)

Eine Washingtoner Reuter-Meldung besagt: Der in der amerikanischen Note mit Bezug auf weitere Gefährdung des Lebens von Amerikanern gebrauchte Ausdruck „unfreundliche Handlung“ sei so auszulegen, daß ein solcher Fall zum Abbruch der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland führen könne.

Englands Kriegsziele?

London, 23. Juli. (Z.-U.-Tel.)

Im Unterhause fragte Sir B. Unwin, ob der erste Minister die Gelegenheit ergreifen wolle, um dem Hause auseinanderzusetzen, welches eigentlich die Ziele seien, für

die die Nation Gut und Blut verschwende. Unwin stellt diese Anfrage in der Hoffnung, daß irgendwelche Intervention dazu führen könne, dieses Ziel auf andere Weise zu erreichen, als durch die Fortsetzung des Krieges.

Unwin gab eine abweisende Antwort, weshalb der Arbeiterführer Snowden auf die wachsende Friedensbewegung unter den Sozialisten Deutschlands hinwies.

Unwin antwortete, daß er seiner ersten abweisenden Erklärung nichts hinzuzufügen habe.

Die Verluste durch den Bergarbeiterausstand in Südwales.

Rotterdam, 23. Juli. (Z.-U.-Tel.)

Die Verluste in dem siebenwöchigen Bergarbeiterstreik in Südwales werden in der „Times“ auf 1½ Millionen Pfund (20 Millionen Mark) geschätzt. Der durch den Produktionsausstand verursachte Mangel an Kohle dürfte aber noch weit schwerer wirken.

Die amerikanische Arbeiterbewegung.

London, 23. Juli. (Z.-U.-Tel.)

Die „Times“ meldet aus Washington, daß die Führer der internationalen Vereinigung der Maschinisten nunmehr eine Bewegung für den Achtundentag in Amerika beginnen lassen, bei der 600000 Maschinisten betätigt sein würden.

Die Kluft zwischen Italien und Serbien.

Lugano, 23. Juli. (V.-Tel. Gr. Bln.)

Endlich beginnen den Italienern die Augen über die serbische Freundschaft aufzugehen. Der nach Serbien entsandte Korrespondent des „Secolo“ schreibt, er müsse leider die Wahrheit bekennen, und diese sei, daß alle serbischen Politiker unbedingt den Befehl von ganz Dalmatien verlangen. Entweder verzichte Italien auf Dalmatien oder aber es werde ein neuer gefährlicher serbischer Irredentismus entstehen, der unweiderrußlich zum Kampfe zwischen Serbien und Italien führen werde.

Lugano, 23. Juli. (V.-Tel. Gr. Bln.)

„Corriere d'Italia“ berichtet, daß der italienische Botschafter in Konstantinopel dieser Tage an die türkische Regierung einen Protest gerichtet habe, wegen der unbilligen Haltung der dortigen Presse. Das italienische Blatt hält sich darüber auf, daß die türkische Regierung 800 italienische Reservisten und 250 italienische Geistliche in der Türkei zurückhält, was eine Verletzung der Neutralität sei.

Die türkische Regierung wäre recht dumm, wenn sie angeht, daß der täglich von der gesamten Presse Italiens gezeigten feindlichen Haltung sich anders verhielte, als sie sich jetzt verhält. Der Kriegsausstand zwischen Italien und der Türkei besteht, wenn auch weder eine Kriegserklärung, noch ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen stattgefunden hat. Das Verhältnis Italiens zu Deutschland ist ähnlich, nur, daß hier die diplomatischen Beziehungen unterbrochen sind.

Italien sucht krampfhaft nach einem Kriegsgrunde.

Rom, 23. Juli. (Nichtamt. Wolff-Tel.)

Der „Tribuna“ teilt ihr Vertreter in Sofia mit: Ich erlaube aus fester Quelle aus Konstantinopel, daß die türkischen Behörden sich willkürlich eines Schleppers bemächtigt haben, der im Hafen von Salata Dienst tut und einem italienischen Unterthanen gehört. Trotz Reklamationen der konsularischen und diplomatischen Vertreter bei der Pforte ist bisher für den Mißbrauch keine Erklärung abgegeben worden. Ebenfalls billigte man — wie sonst üblich — dem Besitzer des Schleppers eine Entschädigung zu. Noch viel bedenklicher als die Beschlagnahme des Schleppers ist die Tatsache, daß der Schlepper von den Türken seit mehreren Tagen zu kriegerischen Operationen im Marmarameer benutzt wurde und daß er dabei die italienische Flotte belästigen habe. Der italienische Botschafter legte energisch Verwahrung hiergegen ein.

Nach Information, die die „Tribuna“ außerdem erhielt, glaubt sie die erste Tatsache bestätigen zu können. Auch die „Adea Nazionale“ erhielt aus Ankara die gleiche Nachricht.

let kam am anderen Tage aus Nancy zurück, um das Verbleiben zu überwachen.

Das Verbleiben war jedes Jahr ein großes Ereignis für das von Neben rings umhüllende Städtchen. Dann wurde jede andere Arbeit beiseite gelassen, dann fand jedes andere Interesse Rill. Von der alten, weidharrigen Großmutter bis zum Dreifährchen, der kaum laufen konnte, harrte alles in die Weinberge hinaus, um mit pfücken zu helfen. Ganze Tage verbrachten die Leute draußen, und das Essen wurde mitgenommen. Und war das Jahr gut und das Wetter zum Pfücken trocken, dann kehrte alles beim sinkenden Abend trotz aller Ermüdung froh zurück. Auf den Reiterwagen, die die mit Trauben gefüllten Wölkchen fuhren, entspann sich oft der heitere Beschallung der Volkslieder zwischen Männern und Frauen:

Die Wiebele, die Wiebele,
Mit ihren süßen Triebele:
Je süßer als die Triebele sind,
Je lustiger die Wiebele find!
Die Mannle, die Mannle,
Mit ihren vollen Kannele:
Je voller als die Kannele sind,
Je lustiger die Mannle find!

Aber die schönen Tage gingen schnell vorüber. Die Tage wurden kürzer und kühler, anhaltender Regen setzte dann ein und schlug die gelbbraunen Nebenblätter zu Boden. Um die Burgen rings jant der herrliche gelbbraune Laubfranz. Alles wurde fahl.

Dann kehrten Montelets nach Straßburg zurück, die Lichter in den Sälen und Zimmern flammten auf, Wäse kamen und Must lang durch die Räume. Wenn draußen die Natur unwirlich wurde, reichte sich an den abwechselungsreichen Sommer ein gesellschaftlich bewegter Winter. Das alles würde in diesem Jahre wieder ebenso sein. Vielleicht diesmal für Hortense mit einer hoffnungsvolleren Note, und auch Vette würde als Braut nach der Veröffentlichung der Verlobung nach Ablauf des Trauerjahres mit Albert einen noch froheren Klang in die Gesellschaft bringen.

Für Lilian selbst aber war die Zukunft eine Wäse ohne Ende, ein Leben ohne Ausblick. Alle äußere Erfüllung und Gilleleistung ließ sie leer. Sie hätte kein Glück im Leben vermist, wenn sie es nicht kennen gelernt hätte. Nun wurde ihr der Verzicht doppelt schwer. (Z.)

Griechische Vorstellungen in Konstantinopel.

Athen, 23. Juli. (Via Tel. Gr. Bn.) Die griechische Regierung hat ihren Vorschlag für die griechische Regierung in Konstantinopel, die nötigen Schritte bei der türkischen Regierung zu tun, damit der Befehl der türkischen Zivilbehörde rückgängig gemacht werde, wonach die fast ausschließlich von Griechen bewohnte Stadt Kivall von der griechischen Bevölkerung geräumt werden soll.

Kriegsmaterial durch Rumänien nach der Türkei.

Basel, 23. Juli. (Via Tel. Gr. Bn.) Die „Basler Nachrichten“ melden aus Bukarest: Die Gefandten Englands und Frankreichs verweisen bei der Regierung darauf hin, daß große Mengen Maschinen, Teile aus Österreich und Deutschland nach der Türkei durch Rumänien gehen, obwohl es sich um Material für Geschütze und Munitionsfabriken handelt. Die rumänische Regierung erklärt, die Statistik weise nach, daß der Transport von Maschinenteilen durch Rumänien nach der Türkei gegenüber den beiden Vorfahren eher abgenommen habe, als gewachsen sei, sodaß sich ein Verbot daher nicht rechtfertige.

An der Dardanellenfront.

Konstantinopel, 23. Juli. (Nichtamt. Wolff-Tel.)

Das türkische Hauptquartier teilt mit:

Am 20. Juli abends versuchte der Feind einen durch Bombenwürfe vorbereiteten Bajonetangriff gegen unseren linken Flügel. Seine Reihen, durch gegenwärtige Feuer gelichtet, zogen in ihre Stellungen zurück. Bis zum Morgen erneuerte der Feind den Versuch dreimal; wir warfen ihn immer zurück und trieben ihn mit schweren Verlusten bis in seine Stellungen.

Bei Sedd-i-Bahr beschloß der Feind am 20. Juli nachmittags unseren linken Flügel zwei Stunden lang vergeblich. In der Nacht zum 21. Juli wiederholte er die Belagerung, indem er unseren rechten Flügel mit Feuerkugeln und Scheinwerfern beleuchtete, wirkungslos. Wir hielten eine Erwiderung für überflüssig.

In derselben Nacht verursachten unsere Batterien bei Rumkale durch einen Feuerüberfall auf das feindliche Lager von Sedd-i-Bahr eine große Explosion und einen zweifelhafte Brand des feindlichen Munitionsmagazins.

Am 21. Juli beschossen wir die Nacht und die Artilleriebeschießung bei Morsoliman wirksam. Der Feind erwiderte wirkungslos.

An der Front von Irak versuchte der Feind, um seine Niederlage zu verschleiern, Demonstrationen durch abgeworfene Truppen, welche wir mühelos abwehren konnten. An den übrigen Fronten nichts Bemerkenswertes.

„Albatros“ abgebracht.

Berlin, 23. Juli. (Nichtamt. Wolff-Tel.)

Nach einer Meldung aus Wibau ist der „Albatros“ abgebracht worden; er wird vorläufig nach Norwegen übergeführt werden.

Der Unterseebootkrieg.

Paris, 23. Juli. (L.-U.-Tel.)

Die Agence Havas meldet aus Havre: Ein deutsches Unterseeboot hatte am Montag das schwedische Schiff „Capella“ in Brand. Die Besatzung wurde gerettet. Es wird wohl Konterbande an Bord gewesen sein.

Stadtvorordnetenversammlung

vom 23. Juli.

Gemäß dem vom Stadtv. Kommerzienrat Häfner vorgetragenen Bericht des Finanzausschusses bewilligten die Stadtvorordneten die vom Magistrat beantragten 4000 M. als Zuschuß für die Schaffung von

Nachgelegenheiten im Rhein

für die Schüler und Schülerinnen der Volks- und Mittelschulen.

Durch eine Feuersbrunst hat Duderstadt schwer gelitten und sich an die deutschen Städte gewandt um Beihilfen zur Milderung der Not. Der Magistrat schlägt hierfür einen einmaligen Betrag von 500 M. vor, doch werden gemäß dem vom Stadtv. Kommerzienrat Häfner vorgetragenen Bericht des Finanzausschusses 300 M. für ausreichend erachtet.

Der Rentner Herr Adolf von Dagen hat auf seinen Jagdplätzen in fast allen Erdteilen prächtige Jagdtrophäen erbeutet, die er zurzeit in seiner Villa in der Parkstraße zeigt. Er hat sich nun bereit erklärt, diese wertvolle Sammlung der Stadt Wiesbaden zum Geschenk zu machen, wenn diese für eine würdige Aufstellung in dem neuen Museum Sorge trägt. Allerdings soll die Sammlung erst nach dem Tode des Spenders in den Besitz der Stadt übergehen, doch spricht der Berichtshalter Stadtv. Dr. Dreger die Hoffnung aus, daß dies schon früher geschehen möge.

Die Versammlung nimmt die Schenkung mit bestem Dank an.

Die Vorlage über die Umliegung von Dauge-lände für das Gebiet zwischen Platterstraße und Walzmühlal (Distrikte Hülberg und Röhren) wird nach dem Bericht des Stadtv. Schwank ohne Aussprache genehmigt.

Die Versammlung stimmt sodann dem vom Stadtv. Geheimrat Professor Dr. Fresenius vorgetragenen Bericht des Organisationsausschusses zu, die von dem Reichsverband deutscher Stadtvorordneten beantragte Erwerbung der Mitgliedschaft des Verbands anzunehmen.

Stadtv. Geheimrat Professor Dr. Fresenius berichtet auch über die Vorlage zur Verordnung betreffend die

Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer.

Nach einer kurzen Aussprache, an der sich Oberbürgermeister Geheimrat Gläffling, sowie die Stadtv. Justizrat Dr. Alberti, Gerhardt und Justizrat v. Ed. beteiligten, wird beschlossen, von der Aufstellung und Auslegung einer neuen Liste der stimmungsfähigen Bürger abzusehen und der Wahl die letzte Liste zu Grunde zu legen.

Bezüglich der Neuwahl von Mitgliedern der Einkommensteuer-Vorermäßigungs-Kommission für die nächsten drei Jahre schlägt der Wahlprüfungsausschuss (Berichtshalter Stadtv. Hartmann) die Wiederwahl der ausstehenden Mitglieder vor. Die Herren Josef Arvener und Ernst Arnold haben um Enthebung von dem Posten ersucht; an ihre Stelle werden Wahlprüfungsausschuss (Berichtshalter Stadtv. Hartmann) und Wahlprüfungsausschuss (Berichtshalter Stadtv. Hartmann) gewählt.

Zu Mitgliedern der Stadtvorordnetenversammlung für

das Einquartierungsamt werden die Stadtv. Hartmann, Dörs und Busch gewählt. (Berichtshalter Stadtv. Baumbach.)

Bei dieser Gelegenheit erlucht Stadtv. Hartmann, das neue Einquartierungsamt nicht doch umgehend in Kraft zu setzen, da sich inzwischen wieder eine ganze Anzahl schwerer Mängel ergeben hätten. Besonders kleine Hausbesitzer seien überlastet worden, während auf der andern Seite gar mancher aufgestellte Bürger sich der Einquartierungslast zu entziehen versucht habe.

Stadtv. Schulte weist nach, daß seitens der Stadt alles geschehen sei und geschehen werde, um die Lasten gleichmäßig auf alle zu verteilen und Härten zu vermeiden. Das neue Statut sei, wenigstens dem Sinne nach, tatsächlich schon in Kraft.

Zu dem Antrag des Stadtv. Philipp Müller: Der Magistrat und die Stadtvorordnetenversammlung wollen beschließen, daß bei der

Kriegsunterstützung.

wie bei der Kriegsflüchtlingsunterstützung das Einkommen von 40 Mark (statt bisher 25 M.) monatlich nicht zur Anrechnung kommt, erklärt namens des Magistrats Stadtv. Schulte, dieser trage kein Bedenken, den Antrag anzunehmen.

In der Aussprache, an der sich Oberbürgermeister Gläffling, sowie die Stadtv. Gerhardt, Baumbach, Philipp Müller und Dr. Dreger beteiligten, stellt Stadtv. Baumbach den Antrag, den Unterstützungsbeitrag von 34 M. überhaupt auf 40 M. zu erhöhen, nicht ihn aber wieder zurück, nachdem ihm bedeutet worden war, daß seitens des Magistrats zu einem solchen Antrag ohne vorherige Prüfung der finanziellen Tragweite keine Stellung angenommen werden könne.

Stadtv. Justizrat v. Ed. begründet sodann die, wie er erklärt, nach vorheriger gemeinsamer Besprechung aller Stadtvorordneten an den Magistrat gerichtete Anfrage:

„Welche Maßnahmen beabsichtigt der Magistrat gegenüber der Forderung der Lebensmittel zu treffen?“

Er betont von vornherein, daß diese Anfrage kein Mißtrauen gegenüber dem Magistrat zum Ausdruck bringen solle, der, wie ja alle wüßten, schon viel getan habe. Alle wüßten, daß der Krieg in die wirtschaftliche Lage tief eingreife, daß er die Lebensmittelpreise unweigerlich erhöhe. Das trage man ohne Murren. Manche Maßnahmen der Staatsregierung seien wohl nicht glückselig gewesen, aber hier wolle man nur über das sprechen, was man

Lebensmittelmangel

nimmt. Nicht der Krieg allein, auch nicht die eine oder andere nicht ganz glückliche Maßnahme der Regierung trügen an der Preiserhöhung Schuld, sondern Kräfte, die man mit allen Mitteln bekämpfen müsse. Deshalb stelle er die Frage, was hat der Magistrat bisher getan und was gedenkt er in Zukunft zu tun, wobei er ihm namens der Stadtvorordneten versprochen könne, daß diese ihn durch die Schwere ihrer Stimme und durch Bewilligung der erforderlichen Geldmittel unterstützen würden. Zwei besondere Fragen richtet der Redner an den Magistrat: Warum ist das Brot nicht billiger geworden, obwohl die Kriegsgesellschaft den Preis für Mehl herabgesetzt hat?

— Warum ist in Wiesbaden das Brot so schlecht? — Er fragt dann ferner, welche Erfahrungen mit dem Gefrierfleisch gemacht worden seien? Drei Verkaufsstellen für dasselbe seien viel zu wenig. Auch sei zu prüfen, ob der Preis nicht zu hoch sei. Ein Herabsetzen des Preises würde auch auf die Preise bei den Metzgereien regulierend wirken, über deren Verfall er gern etwas vom Magistrat erfahren möchte. Jedenfalls müsse für die Minderbemittelten ein geringerer Preis ermöglicht werden. Hinsichtlich der künftigen Kartoffeln, mit denen wir ja bisher schlechte Erfahrungen gemacht haben, sollte der Magistrat an frühzeitigen Ankauf der neuen Ernte denken, damit später für die Einwohner überhaupt welche zu kaufen wären und man auch die Unbemittelten versorgen könne. Dasselbe gelte von Hülsenfrüchten, Zucker, Reis, Getreide, Ölen, ferner für alle für den Lebensunterhalt erforderlichen Waren. Ob und Gemüße sei in Wiesbaden so teuer wie nirgends.

Hoffentlich werde die Bekanntmachung des Generalkommandos nicht nur auf dem Papier stehen, sondern tatsächlich ausgeführt werden, wo es sich als notwendig herausstelle. Die bei der Milch könnte die Stadt Wiesbaden sich vielleicht auch bezüglich der andern Lebensmittelartikel mit den umliegenden Städten in Verbindung setzen zur Regulierung des Ankaufs und der Preise. Redner erwartet aus der vom Magistrat beantragten Einsetzung einer aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtvorordnetenversammlung bestehenden Kommission für Beschaffung und Abgabe von Lebensmitteln eine nützliche Wirkung, und schließt schließlich die Annahme einer Entschließung vor.

Oberbürgermeister Geheimrat Gläffling entwickelt hierauf in beinahe eindringlicher, eingehender Rede den Standpunkt des Magistrats, wobei er u. a. ausführt:

Die Anfrage des Herrn Stadtvorordneten von Ed. kommt dem Magistrat nicht unwillkommen, zumal die Lebensmittelfrage für die breite Masse der Bevölkerung anfangs eine schwierige zu werden, nicht etwa deshalb, weil nicht genug Lebensmittel vorhanden wären, sondern deshalb, weil für die wichtigsten Volksnahrungsmittel Preise verlangt werden, die gar nicht im Einklang stehen mit dem, was Produzenten und Händler nach Berechnung der Erzeugungskosten und eines anständigen Verdienstes sich berechnen dürften. Dazu kommt, daß der Winter herankommt, für den schon jetzt vorgesorgt werden muß.

Abgesehen von der durch die Verhältnisse gegebenen Notwendigkeit, diese Frage der Lebensmittelversorgung einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, bietet die Anfrage des Herrn Stadtvorordneten von Ed. aber auch Gelegenheit, die vielen Irrtümer zu berichtigen, die in weiten Kreisen der Bevölkerung über die Nachschlagsmittel und die geschätzten Rechte der Städte bezüglich der Regulierung der Preise für Lebensmittel bestehen. Es geht aus Dutzenden von Zuschriften an den Magistrat hervor, daß Kreise, von denen man es nicht erwarten sollte, glauben, daß es vollkommen von den Städten abhänge, die Lebensmittelpreise festzusetzen und den Lebensmittelwucher zu verhindern. Dabei besteht das einzige gesetzliche Recht der Städte in dieser Frage lediglich darin, für ihren Stadtbezirk Höchstpreise für den Kleinhandel, d. h. für den Verkauf direkt an den Verbraucher festzusetzen. Die Städte haben versucht, von diesem Rechte Gebrauch zu machen, aber ohne irgend einen nennenswerten Erfolg; ein Erfolg konnte aber auch garnicht eintreten, weil diese Kleinhandelspreise naturgemäß abhängig sind von den Preisen, die der Großhandel verlangt. Zur Festsetzung dieser Großhandelspreise ist nur der Bundesrat zuständig; von diesem Rechte ist indes bezüglich wichtiger Lebensmittel nur in geringem Umfang Gebrauch gemacht worden. Bei dem Fehlen solcher für das gesamte Reichgebiet geltenden Großhandels-Höchstpreise konnte die Preisermäßigung von Höchstpreisen für den Kleinhandel für den engen Bezirk einer Gemeinde von irgend einem wesentlichen Erfolg gar nicht begleitet sein. Man hätte immerhin daran denken können, daß einzelne örtlich nahe liegende Städte

sich zur Festsetzung eines gemeinsamen Höchstpreises für den Kleinhandel hätten zusammenschließen können; ein solcher Zusammenschluß ist wegen der Verschiedenartigkeit der Zufuhrverhältnisse usw. aber nirgends erreicht worden. Und so sind denn einzelne Städte allein vorgegangen, aber ohne Erfolg. Lediglich bei der Festsetzung von Kleinhandels-Höchstpreisen für Vollmilch ist es erst kürzlich durch Vereinbarung der für ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet in Betracht kommenden Städte, Hanau, Frankfurt, Offenbach, Höchst, Wiesbaden, Mainz gelungen, einen einheitlichen Höchstpreis von 26 Pf. für den Liter festzusetzen. Dabei hatte die Stadt Wiesbaden als einzige der genannten Städte bereits am 27. Februar gegenüber dem Ansuchen der Landwirte, die den Preis für die Milch auf 28 Pf. festsetzen wollten, den Preis auf 26 Pf. festgelegt und sie wäre, falls es nicht gelungen wäre, die genannten Städte jetzt gleichfalls zu einer Höchstpreisfestsetzung zu veranlassen, gezwungen gewesen, ihren Höchstpreis aufzugeben, um zu verhindern, daß in Wiesbaden Milchmangel eingetreten wäre.

Unter diesen Verhältnissen konnten sich die Städte einen Einfluß auf die Lebensmittelpreise und auf die Lebensmittelbeschaffung im wesentlichen nur dadurch sichern, daß sie selbst als Käufer und Verkäufer der wichtigsten Lebensmittel auftraten und diese so beschafften Waren zum Selbstkostenpreis oder mit Verlust an die Bevölkerung verkauften. Ein solches Vorgehen der Städte findet seine natürliche Grenze in dem Umstande, daß es einerseits unmöglich ist, die nötigen Mengen der wichtigsten Lebensmittel für die gesamte Bevölkerung zusammenzukaufen, und daß andererseits die damit gegebene vollständige Ausschaltung des Gewerbes und damit die Verlosung eines großen Teiles der erwerbstätigen Bevölkerung zu erheblichen Bedenken Anlaß geben muß.

Die Stadt hat seit Kriegsausbruch bis jetzt im Ganzen für 2 1/2 Millionen Mark Lebensmittel beschafft.

Das ist eine Leistung, meine Herren, in der uns selbst größere Städte bisher nicht erreicht haben. Die Stadt hat angekauft bis zu dem Augenblicke, bis zu dem die Kriegsgesellschaft die Kommunalverbände mit Mehl versorgte, Weizen- und Roggenmehl im Betrage von rund 600 000 M., Kartoffeln wurden angekauft 38 750 Zentner oder 2 Millionen 875 000 Pfund zu dem Gesamtpreis von 163 000 M. Ruchdamerware ist angekauft worden für 42 000 M. und Gefrierfleisch im Werte von rund 1 300 000 Mark. Die von der Stadt beschafften Kolonialwaren im Gesamtwert von bis jetzt 332 000 M. sind noch nicht verkauft. Mit dem Gefrierfleisch ist gerade eben mit dem Verkauf begonnen worden. Alles übrige ist verkauft.

Was ist nun mit diesem Vorgehen bis jetzt bezüglich der Preisregulierung erreicht worden? Eine Einwirkung auf die Preisregulierung beim Mehl war der Stadt Wiesbaden nicht möglich, da bis zu dem Augenblicke, zu dem die Kriegsgesellschaft lieferte, also auf die Dauer von 2 Monaten das im freien Handel befindliche Mehl mangels der Festsetzung von Großhandelspreisen zu den von den Mählern und den Händlern geforderten Preisen gekauft werden mußte und der Ankauf seitens der Stadt lediglich aus dem Grunde geschehen mußte, um die zur Ernährung der Bevölkerung erforderlichen Mengen zu beschaffen. Eine Gegenüberstellung der Mehlerpreise in dieser Zeit mit anderen Städten erlaubt aber, daß die Stadt Wiesbaden, die das Mehl zum Selbstkostenpreis weiter verkaufte, zum Teil noch wesentlich billiger Mehl abgab, als dies in anderen Städten der Fall war. Seitdem die Kriegsgesellschaft liefert, wird durch die Preis für die einzelnen Lieferungsbezirke festgelegt und ist eine Preisbeeinflussung durch eigene Maßnahmen der Stadt ausgeschlossen. Bei dem durch die Stadt bewirkten Kartoffelkauf im Gesamtbetrag von nahezu 30 000 Zentnern war es möglich, die Kartoffelpreise in Wiesbaden annähernd erheblich zu beeinflussen. Durch die Tätigkeit der Stadt ist den Wiesbadener Einwohnern ermöglicht worden, Kartoffeln weit unter dem sonst üblichen Preise zu kaufen.

Auch durch den frühzeitig eingeleiteten See-fischverkauf ist es ermöglicht worden, der Bevölkerung billige Seefische zuzuführen. Der Verkauf hat sich auf eingeführt, und es sind in der Zeit vom 20. April bis 20. Juli rund 20 000 Kilo abgesetzt worden. Ebenso hat der Verkauf der Ruchdamerware der Bevölkerung billiger Ware zugeführt, als sie bei den Metzgereien zurzeit des Verkaufs zu erhalten war. Der Unterschied bewegte sich zwischen 20 und 40 Pf. pro Pfund. Der Verkauf ging über Erwarten rasch vonstatten. Bei der geringen Menge von 17 000 Kilo war eine dauernde Beeinflussung der Preise für diese Waren nicht möglich. Die Kolonialwaren sind von der Stadt bis auf geringe Mengen absichtlich zurückgehalten worden; wir vertreten da die Meinung, daß sie später noch dringlicher sind wie heute.

Am 3. Juli hat nun die Stadt mit dem Verkauf des Gefrierfleisches begonnen. Da die Stadt rund 9000 Stück Gefrierfleisch hatte, war es ihre Absicht, ganz allgemein auf die Schweinepreise einen Einfluß dadurch zu gewinnen, daß sie die Gefrierfleischpreise durch die Metzgereien absenkte. Voraussetzung dafür war, daß die Metzgereien die Ware in größerer Menge abnahmen, Frischfleisch nur noch in dem für den Metzgereibetrieb erforderlichen Umfange verarbeitet, und daß sie die Gefrierfleischpreise in den Selbstkosten der Stadt, die unter dem Schlachtpreis für lebende Schweine liegen, der Stadt abnahmen. Es ist bekannt, daß die Verhandlungen mit den Metzgereien bisher zu einem befriedigenden Ergebnis nicht geführt haben. Immerhin läßt sich die Stadt der Hoffnung hin, daß es doch noch gelingen wird, mit den Metzgereien zu einer annehmbaren Vereinbarung zu gelangen. Die Stadt hat infolgedessen trotz der bestehenden technischen Schwierigkeiten den Verkauf zunächst selbst übernommen, und zwar in drei Raten: eine weitere Ausdehnung des künftigen Metzgereibetriebes in weiteren Raten ist in Aussicht genommen. Seit Eröffnung des dritten Ladens hat sich der Absatz unvorstellbar verdoppelt. Die von der Stadt festgesetzten Preise haben die Wirkung hervorgerufen, daß die Metzgereien in ihren Preisen für Schweinefleisch um 10 bis 20 Pf. pro Pfund, je nach den verschiedenen Stücken, heruntergegangen sind. Ueber die weiter zu folgende Politik bei Abgabe dieses Gefrierfleisches wird man sich in der Feuerungskommission unterhalten müssen; die Stadt hat seither zu ihren Selbstkosten geliefert, bloß bei der für die ärmere Bevölkerung besonders in Betracht kommenden Wurst ist sie unter diesen heruntergegangen. Der Auffassung, daß man an die gesamte Bevölkerung ohne Unterschied erheblich unter den Selbstkosten verkaufen sollte, dürften erhebliche Bedenken entgegenstehen. Schon bei einer geringen Ermäßigung von nur 10 Pf. unter den Selbstkosten, die schließlich niemand besonders augenblende und von keinem anerkannt würde, tritt ein Verlust von rund 100 000 M. ein. (Schluß folgt.)

Oskar Meyer-Elbing. Der hiesige Bildhauer und Reliefkünstler Oskar Meyer-Elbing verstarb heute (24. Juli) seinen 50. Geburtstag. Meyer-Elbing wohnte seit fast 10 Jahren in Wiesbaden; seinen Kreisen wurde er durch seine hervorragenden Reliefbilder bekannt, die auch wiederholt die Anerkennung des Monarchen gefunden haben.

